

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 000 - Büro OB
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Michael Telian 563 - 6815 563 - 8020 michael.telian@stadt.wuppertal.de
	Datum:	02.09.2019
	Drucks.-Nr.:	VO/0842/19 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
18.09.2019	Hauptausschuss	Entscheidung
23.09.2019	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Bürgerantrag zur Genehmigung und Finanzierung des Rosensonntagszuges in Wuppertal		

Grund der Vorlage

Bürgerantrag nach § 24 GO vom 25.06.2019.

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme der Verwaltung zum vorliegenden Bürgerantrag des Carnevals Comitees Wuppertal e.V. (CCW) wird zur Kenntnis genommen.
 Der Hauptausschuss begrüßt das bürgerschaftliche Engagement der Organisatoren und beauftragt die Verwaltung, auch in Zukunft die Durchführung des Rosensonntagszuges im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zu unterstützen.

Einverständnisse

Der Kämmerer ist einverstanden.

Unterschrift

Andreas Mucke

Begründung

Der Verein Carnevals Comitee Wuppertal (CCW) organisiert seit vielen Jahren – als Veranstalter – erfolgreich den Rosensonntagszug in Wuppertal.

Er ist einer der Höhepunkte des Karnevals in unserer Stadt. Viele zehntausend Menschen, darunter auch viele Besucher außerhalb Wuppertals, kommen zum Rosensonntagszug, um die Wagen zu bewundern und an der Strecke zu feiern.

Der Rosensonntagszug ist damit unverzichtbarer Teil der karnevalistischen Tradition Wuppertals und trägt mit zum positiven Image unserer Stadt bei.

Ohne das großartige ehrenamtliche Engagement der Mitglieder des CCW wäre eine solche Veranstaltung nicht denkbar.

Deshalb unterstützt die Verwaltung den Veranstalter bei der Planung und Durchführung des Rosensonntagszuges – denn es liegt im gesamtstädtischen Interesse, dass die Veranstaltung stattfindet.

Die vom Antragsteller begehrte Selbstverpflichtung der Straßenverkehrsbehörde, den künftigen Rosensonntagszug zu genehmigen, ist rechtlich allerdings nicht zulässig. Denn die Straßenverkehrsordnung erfordert eine Einzelfallprüfung mit dem Anspruch einer ermessensfehlerfreien Entscheidung. Dabei obliegt zunächst dem Veranstalter auch die Verpflichtung, seine Veranstaltung auch genehmigungsfähig zu planen und die notwendigen Unterlagen einzureichen.

Die Verwaltung wird – wie bisher – auch in Zukunft gemeinsam mit dem Veranstalter in Gesprächen die Rahmenbedingungen für die Durchführung des Rosensonntagszuges, insbesondere was notwendige Beschilderungen und Sperrungen anbelangt – vertrauensvoll erörtern und dabei die bestehenden (rechtlichen) Spielräume ausschöpfen. Diese orientieren sich an dem Erfordernis der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit.

Zur finanziellen Unterstützung des Rosensonntagszuges:

Der freiwillige Zuschuss der Stadt Wuppertal zur Durchführung des Rosensonntagszuges wurde im Laufe der Jahre auf 2.500 € reduziert.

Die unausgeglichene Haushalte der vergangenen Jahre sowie die restriktiven Vorgaben zur Haushaltsbewirtschaftung – gerade auch im Rahmen des Stärkungspaketgesetzes – lassen neue freiwillige Leistungen oder auch deren Erhöhungen grundsätzlich nicht zu. Wenn doch, dann muss an anderer Stelle im freiwilligen Bereich eine Kompensation gefunden werden.

Aufgrund dieser Vorgaben konnte in den zurückliegenden Jahren eine Zuschuss-Anhebung nicht vorgenommen werden.

Jetzt ist es der Verwaltung gelungen, bei der Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs 2020/2021 ab dem Jahr 2020 eine Erhöhung des Zuschusses auf 5.000 EUR zu berücksichtigen. Für diesen Mehrbetrag konnte eine Deckung gefunden werden.

Eine weitere Erhöhung wäre nur bei einer entsprechenden Kompensation zulässig.

Über die vorgeschlagene Erhöhung muss der Rat der Stadt im Rahmen der anstehenden Haushaltsplanungen entscheiden.

Kosten und Finanzierung

Die Erhöhung des Zuschusses zur Durchführung des Rosensonntagszuges von 2.500 € auf 5.000 € wird bei der Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs 2020/2021 berücksichtigt werden. Eine entsprechende Gegenfinanzierung wurde gefunden.

Anlagen

Anlage 01 - Bürgerantrag